

CR

Computer und Recht

Zeitschrift für die Praxis des Rechts der Informationstechnologie

Schriftleitung:

RA Prof. Dr. Michael Bartsch, Karlsruhe · RA Prof. Dr. Malte Grützmaker, LL.M. (London), Hamburg · RA Prof. Niko Härting, Berlin · RA Sven-Erik Heun, Frankfurt a.M. · RA Thomas Heymann, Frankfurt a.M. · RA Prof. Dr. Jochen Schneider, München · RA Prof. Dr. Fabian Schuster, Düsseldorf · Prof. Dr. Indra Spiecker gen. Döhmann, LL.M. (Georgetown Univ.), Lehrstuhl für das Recht der Digitalisierung, Institut für Digitalisierung, Universität Köln · Prof. Dr. Gerald Spindler†

Beirat:

Prof. Dr. Dr. Walter Blocher, Universität Kassel · Prof. Dr. Joachim Bornkamm, Vorsitzender Richter am BGH i.R., Karlsruhe, und Universität Freiburg · RA Prof. Dr. Peter Bräutigam, München · Prof. Dr. Thomas Dreier M.C.J., Universität Karlsruhe · RA Prof. Dr. Stefan Ernst, Freiburg/Br. · Dr. Jens-L. Gaster, Europäische Kommission, Brüssel · RA Prof. Dr. Marco Gercke, Direktor des Cybercrime Research Institute, Köln · Prof. Dr. Thomas Hoeren, Universität Münster · Dr.-Ing. Peter Hoppen, Köln · PA Dipl.-Phys. Markus Hössle, Stuttgart · Lothar Jaeger, Vorsitzender Richter am OLG a.D., Köln · Prof. em. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Kilian, Leibniz Universität Hannover · Prof. Dr. Michael Lehmann, Dipl.-Kfm., Max-Planck-Institut und Universität München · RA Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Loewenheim, Goethe Universität Frankfurt a.M. · Prof. Dr. Axel Metzger, LL.M. (Harvard), Humboldt Universität Berlin · RA Prof. Claus-Dieter Müller-Hengstenberg, Böblingen · Rechtsinformatiker Dr. iur. Falk Peters, Bonn · Dr. Peter Rädler, LL.M. (Cambridge, UK), Rechtsanwalt beim BGH · RA und Dipl.-Inform. Dr. Helmut Redeker, Bonn · RA Prof. Dr. Joachim Scherer, LL.M. (Columbia), Frankfurt a.M. · RA Dr. Stefan Schuppert, LL.M. (Harvard), München · Prof. Dr. Ulrich Sieber, Max-Planck-Institut für ausl. und int. Strafrecht, Freiburg, und Rechtsinformatikzentrum der Universität München · Prof. Dr. Olaf Sosniza, Würzburg · Prof. Dr. Eike Ullmann, Vorsitzender Richter am BGH i.R., Karlsruhe · Prof. Dr. Dr. eh. Hanns Ullrich, Max Planck Institut für Innovation und Wettbewerb, München · Europäische RA in PD Dr. Irini Vassilaki, Athen · RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen, Köln · Prof. Dr. Andreas Wiebe, LL.M. (Virginia), Universität Göttingen · Prof. Dr. iur. Dipl.-Biol. Herbert Zech, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Technik und IT-Recht, Weizenbaum-Institut, Humboldt-Universität zu Berlin

Inhalt

cr-online.de

Neues unter cr-online.de: EuGH v. 4.10.2024 – C-21/23 zum lauterkeitsrechtlichen Vorgehen gegen Datenschutzverstöße von Wettbewerbern – Lindenapotheke

IT und Software

Aufsätze

Georg Borges – Die europäische KI-Verordnung (AI Act) Teil 3 – Transparenzpflichten, Durchsetzung, Gesamtbewertung

Die Regeln zur Transparenz bilden, neben den Verboten bestimmter KI-Anwendungen und den Regeln für Hochrisiko-KI-Systeme, den dritten Regelungsbereich der KI-Verordnung. Für alle drei materiellen Regelungskonzepte sind die Regeln zur Durchsetzung der Anforderungen von Bedeutung. Der Beitrag erörtert die Transparenzpflichten (I.), gibt einen Überblick über das Konzept zur Durchsetzung (II.) und schließt mit einer vorläufigen Bewertung der KI-Verordnung hinsichtlich ihrer Bedeutung im Rechtsrahmen für künstliche Intelligenz und ihrer Bedeutung für die Praxis (III.).

633

Ralf Imhof – Die urheberrechtliche Haftung für KI-Output – Ein Vorschlag für eine Haftungsprivilegierung des Betreibers – Zur interessengerechten Verteilung der Haftungsrisiken bei der Nutzung generativer KI

Durch die zunehmende Verbreitung generativer KI-Systeme liegt es auf der Hand, dass die Wahrscheinlichkeit einer Urheberrechtsverletzung durch die Nutzung solcher Systeme zunimmt. Während die Anbieter von KI-Systemen insbesondere durch § 44b UrhG vor der Inanspruchnahme



Jetzt Fortbildungspflicht erfüllen mit den Webinaren von Otto Schmidt: www.otto-schmidt.de/live

Inhalt

durch Rechteinhaber weitgehend geschützt sind, fehlt eine Privilegierung auf Seiten der Anwender dieser Systeme. Damit das Urheberrecht kein Hemmschuh für die KI-Nutzung in der Praxis wird, bedarf es einer Korrektur des überkommenen Haftungsrechts. 648

Rechtsprechung

BGH: Natürliche Person als Erfinder bei KI – DABUS (BGH, Beschl. v. 11.6.2024 – X ZB 5/22, ECLI:DE:BGH:2024:110624BXZB5.22.0 – DABUS) 654

Daten und Sicherheit

Aufsätze

Kai-Uwe Plath / Matthias A. Struck / Enno ter Hazeborg – Der Verkauf von Kundendaten im Asset Deal: Das Ende der Widerspruchslösung?

– Die aufsichtsbehördlichen Lösungsansätze nach dem DSK-Beschluss vom 11.9.2024

Am 11.9.2024 hat die *Konferenz der unabhängigen Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder* (DSK) einen neuen Beschluss zur Übertragung von Kundendaten im Asset Deal veröffentlicht. Der Beitrag setzt sich kritisch mit den Lösungsansätzen der DSK auseinander und trägt belastbare Argumente vor, warum mehr dafür spricht, dass die DSK die von ihr selbst etablierte „Widerspruchslösung“ nicht klammheimlich inkassiert hat, sondern weiterhin als Instrument zur Wahrung von Kundeninteressen zur Verfügung steht. 658

Patrick Grosmann / Christian Gerecke / Alina Aschenbrenner – Die neue Dimension der Geschäftsleitungshaftung nach der NIS-2-Richtlinie – Eine kritische Betrachtung des § 38 BSIG-E

Der erweiterte und konkretisierte Pflichtenkreis für Geschäftsleitungen wichtiger und besonders wichtiger Einrichtungen gem. § 38 BSIG-E erhöht deren persönliche Verantwortung für die Cybersicherheit. Die Neuregelung verpflichtet Geschäftsleitungen zur Gewährleistung sowie Überwachung von IT-Sicherheitsmaßnahmen und macht Schulungen obligatorisch. Dieser Beitrag nimmt eine dogmatische Einordnung und Untersuchung der rechtlichen Implikationen des § 38 BSIG-E vor. 665

Rechtsprechung

BGH: Kontaktdaten für Datenschutzbeauftragten bei DSGVO-Auskunft genügen (BGH, Urt. v. 14.5.2024 – VI ZR 370/22, ECLI:DE:BGH:2024:140524UVIZR370.22.0) 671

Internet und E-Commerce

Aufsätze

Benjamin Lück / Simone Ruf – Der Werkzeugkasten rechtlicher Möglichkeiten gegenüber Online-Plattformen aus Nutzer*innenperspektive nach DSA und DDG

Der Digital Services Act (DSA) schreibt nicht nur Rechte für Nutzer*innen fest, sondern gibt diesen und der Zivilgesellschaft auch neue Werkzeuge an die Hand, um ihre Rechte effektiv durchzusetzen. Der Beitrag zeigt, wie dieser Werkzeugkasten bereits verwendet wird und an welchen Stellen noch Nachbesserungsbedarf besteht. 672



Ihre Otto Schmidt
Zeitschriften-App
inkl. Selbststudium
nach § 15 FAO

Anmeldung mit E-Mail-Adresse und
Passwort aus Otto Schmidt online.



Kundenservice für Rückfragen: Telefon 0221 / 93738-999

Inhalt

Rechtsprechung

EuGH: Anwendbare EU-Rechtsregeln für enge Bestpreisklauseln – booking.com (EuGH, Urt. v. 19.9.20124 – C-264/23, ECLI:EU:C:2024:764 – Booking.com vs. 25hours Hotel Company Berlin GmbH u.a.)	679
BGH: Werbung mit durchschnittlicher Sternebewertung (BGH, Urt. v. 25.7.2024 – I ZR 143/23, ECLI:DE:BGH:2024: 250724UIZR143.23.0 – durchschnittliche Sternebewertung)	684

Telekommunikation und Medien

Rechtsprechung

BGH: Anforderungen bei Schriftsazeinreichung über beA eines anderen Rechts- anwalts (BGH, Beschl. v. 3.7.2024 – XII ZB 538/23, ECLI:DE:BGH: 2024:030724BXIIZB538.23.0)	686
BGH: Dokumentation des Zustelldatums in Handakte (BGH, Beschl. v. 29.5.2024 – I ZB 84/23, ECLI:DE:BGH:2024: 290524BIZB84.23.0 [Ls.])	687

Report und Technik

Aufsätze

Alin Seegel – Einfluss europäischer Digitalgesetzgebung auf Datenherausgabe in der Insolvenz des Cloud-Anbieters – Neuerungen durch Data Act und DID-Richtlinie

Der Beitrag gibt zunächst einen Überblick zur Rechtslage hinsichtlich der Herausgabe von Daten in der Insolvenz des Cloud-Anbieters. Danach beleuchtet er die Frage, ob und inwieweit sich aufgrund der europäischen Digitalgesetzgebung (Umsetzung der DID-Richtlinie und Data Act) hier Neuerungen ergeben.	688
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Mathias Lejeune – Open Source Software in den neuen EU Rechtsakten – Viel gesonderte Regulierung, wenig Rechtssicherheit

Der Beitrag erläutert, inwieweit die folgenden EU Rechtsakte auf Open Source Software anzuwenden sind: Zunächst werden die Vorgaben in der künftigen neuen EU Produkthaftungsrichtlinie (II.) und dem künftigen EU Cyber Resilience Act (III.) untersucht, die beide am 10.10.2024 vom Rat in erster Lesung verabschiedet wurden. Sodann werden die Vorgaben in der KI-Verordnung (IV.) dargestellt und erörtert, inwieweit das Schuldrecht für digitale Produkte (V.) auf Open Source Software Anwendung finden.	693
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Irina Vassilaki – Gesetzesentwurf zum strafrechtlichen Schutz von Persönlichkeitsrechten vor Deepfakes – Oder: Von der Notwendigkeit, keine Gesetze zu erlassen

Nach kurzer Einführung (I.) wird gezeigt, dass keine Notwendigkeit für die Einführung einer neuen Strafnorm besteht (II.), da schon <i>de lege lata</i> solche rechtswidrigen Handlungen bestraft werden können. Zudem wird der konkrete Zuschnitt von § 201b StGB-E kritisiert (III.), weil seine Beschränkung nur auf einen Teil des Missbrauchs gefälschter Deepfakes nicht nachzuvollziehen und die Ausgestaltung als Auffangtatbestand für alle Eingriffe ins Persönlichkeitsrecht verfassungsrechtlich mehr als bedenklich ist.	701
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

CR Report

Daten und Sicherheit

BVerwG Österreich: Auskunftsverweigerung bei Begehren nach Art. 15 DSGVO (<i>Philipp Semmelmayr</i>)	R112
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------

Internet und E-Commerce

BGH: Nutzung von Abbildungen einer Fototapete urheberrechtlich zulässig (<i>David Wasilewski</i>)	R113
AG München: Keine Neuwaren bei demontierter BMW-Felge (<i>Jan Pfeiffer</i>)	R114
EuGH: Niederlage für Booking.com bezüglich Bestpreisklauseln (<i>Jan Pfeiffer</i>)	R115

TK und Medien

BVerfG: Keine gesonderte Ausweisung der Tierschutzpartei (<i>Jan Pfeiffer</i>)	R115
EuGH: Möglicher Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht durch Zugangsverweigerung zur Plattform Android (<i>David Wasilewski</i>)	R116
OVG Berlin-Bdb.: Kein Anspruch des FDP-Spitzenkandidaten auf Teilnahme (<i>Jan Pfeiffer</i>)	R117